



HAMBURGER BÜNDNIS
GEGEN RECHTS



Zwei Jahrzehnte Widerstand – Das Hamburger Bündnis gegen Rechts

Zwei Jahrzehnte Widerstand Das Hamburger Bündnis gegen Rechts



Grußwort des DGB Hamburg zum 20-jährigen Bestehen des Hamburger Bündnisses gegen Rechts

„ Liebe Antifaschist*innen, liebe Mitstreiter*innen, liebe Kolleg*innen, im Namen der Gewerkschaften gratulieren wir euch herzlich zum 20-jährigen Bestehen des Hamburger Bündnisses gegen Rechts.

Zwei Jahrzehnte unermüdlicher antifaschistischer Arbeit – das ist ein Grund zu feiern, aber auch Anlass, innezuhalten und Bilanz zu ziehen. 20 Jahre Bündnisarbeit bedeuten 20 Jahre konsequente Haltung, 20 Jahre gemeinsame Proteste gegen Neonazis auf der Straße, 20 Jahre Aufklärung, Vernetzung und Solidarität. Eure Arbeit ist unverzichtbar – für Hamburg, für die Demokratie und für ein solidarisches Miteinander.

Als Gewerkschaften wissen wir: Faschismus und Rassismus bedrohen das Fundament unserer Gesellschaft; das Fundament auf dem Gewerkschaften stehen: Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit. Wenn Menschen gegeneinander ausgespielt werden – nach Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung –, dann sollen wir aufhören, uns als Kolleginnen und Kollegen zu begreifen. Dann wird versucht, Beschäftigte zu spalten und Solidarität zu zerstören.

Der Kampf gegen Rechts gehört zu unserem Selbstverständnis. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei und gleich leben können. Wir wissen aus der Geschichte: Wenn die Demokratie angegriffen wird, dürfen wir nicht schweigen. Die Verbrechen des Nationalsozialismus, die Millionen Opfer von Krieg, Vernichtung und Zwangsarbeit, sind uns Mahnung und Auftrag. „Nie wieder“ ist für uns keine Floskel, sondern eine Verpflichtung.

Euer Bündnis hat in den vergangenen 20 Jahren gezeigt, was möglich ist, wenn sich viele unterschiedliche Kräfte zusammenschließen. Ihr habt bewiesen, dass Antifaschismus nur als breite gesellschaftliche Bewegung wirksam sein kann.

Ihr habt Nazis in Hamburg immer wieder den öffentlichen Raum genommen, habt sie daran gehindert, ihre menschenverachtende Ideologie un widersprochen zu verbreiten. Ihr habt Bildungsarbeit geleistet, habt junge Menschen für Demokratie und Vielfalt gewonnen und ihr habt dafür gesorgt, dass Opfer rechter Gewalt nicht allein stehen. Dafür gilt euch unser ausdrücklicher Dank und unsere Anerkennung.

Doch wir wissen auch: Die Auseinandersetzung ist nicht vorbei. Im Gegenteil: Rechte Parteien gewinnen an Zuspruch, Hetze im Netz nimmt zu, rassistische Angriffe und antisemitische Gewalt sind bitterer Alltag. Auch in den Betrieben versuchen rechte Kräfte Fuß zu fassen, indem sie soziale Fragen mit nationalistischer Spaltung beantworten wollen. Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Die Antwort kann nur heißen: Solidarität statt Ausgrenzung, gleiche Rechte statt Diskriminierung, Demokratie statt autoritärem Rollback. Diese Haltung verbindet uns mit euch. Als Gewerkschaften werden wir uns weiter klar gegen Rechts positionieren – auf der Straße, im Betrieb, in der Politik. Gemeinsam mit euch, gemeinsam mit allen, die sich für eine offene, vielfältige und gerechte Gesellschaft einsetzen.

Zum 20-jährigen Bestehen wünschen wir dem Hamburger Bündnis gegen Rechts viel Kraft, Ausdauer und Mut für die kommenden Jahre. Wir freuen uns darauf, auch weiterhin Schulter an Schulter mit euch für Demokratie und Menschenwürde einzustehen. Hamburg soll eine Stadt bleiben, in der kein Platz für Nazis, Rassismus und Antisemitismus ist.

Herzlichen Glückwunsch
und solidarische Grüße
Tanja Chawla,
Vorsitzende des DGB Hamburg



Grußwort des FC St. Pauli, zum 20-jährigen Bestehen des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“

„ Seit 20 Jahren leistet das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ kontinuierliche Arbeit, wenn es um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit geht.

Dieses Engagement ist für unsere Stadtgesellschaft von großer Bedeutung, weil es demokratisches Engagement stärkt und Betroffenen Solidarität gibt.

Als FC St. Pauli wissen wir, dass Fußball gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegelt. Auch in vielen Stadien und Fankurven versuchen rechte Akteure immer wieder, Einfluss zu gewinnen. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie das Bündnis tragen dazu bei, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und Räume offen und solidarisch zu gestalten.

Besonders wichtig ist die kontinuierliche Recherche- und Dokumentationsarbeit. Sie schafft öffentliche Transparenz über rechtsradikale Netzwerke und Strukturen. Diese kleinteilige Arbeit ermöglicht es, dass die Gesellschaft fundiert reagieren kann. In Zeiten, in denen auch rechtsradikale aber auch verschwörungsideologische Gruppen demokratische Debatten angreifen, ist diese Arbeit unverzichtbar.

Zum 20-jährigen Bestehen gratulieren wir herzlich und danken allen, die sich im Hamburger Bündnis gegen Rechts engagieren. Dieser Einsatz ist ein wesentlicher Beitrag zu einer offenen, solidarischen und vielfältigen Stadtgesellschaft.

Oke Göttlich
Präsident des FC St. Pauli



An das HBgR

„ 20 Jahre gemeinsam gegen Rassismus, Neofaschismus und Fremdenhass kämpfen – das ist ein guter Grund, euch und allen, die einen Beitrag leisten, zu gratulieren.

Als alte aktive Antifaschistin, Jahrgang 1928, wünsche ich mir sowie uns allen, dass wir noch mehr werden. Uns noch lauter und eindringlicher unsere Ziele für eine bessere, friedlichere und solidarische Welt verfolgen.

Mit antifaschistischen Grüßen
Antje Kosemund
Zeitzeugin des Holocaust

Zwei Jahrzehnte Widerstand – Das Hamburger Bündnis gegen Rechts

Wer wir sind: Gründung und Selbstverständnis

Zwei Jahrzehnte Widerstand – Unsere Aktivitäten seit 2005

ERINNERN HEISST KÄMPFEN – GEDENKEN ALS POLITISCHE PRAXIS

- Seit 2009 dabei: Beteiligung am Ohlsdorfer Friedensfest
- Befreiung feiern: Beim Hamburger Fest der Befreiung (seit 2015)
- Für ein lebendiges Gedenken:
 - Beteiligung an der „Nacht der Jugend“ im Rathaus“
- NSU in Hamburg: Aufarbeitung des Mordes an Süleyman Taşköprü
- Nie vergessen: Gedenken an Opfer rechter Gewalt (Ramazan Avci, Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, ...)

AUFDECKEN, BENENNEN, HANDELN – RECHERCHE UND AUFKLÄRUNG

- Kein Raum für Rechts: Interventionen gegen rechte Raumnahme
- Rechte Netzwerke erkennen und benennen: Burschenschaften im Fokus
- Analyse und Kritik: Zur AfD in Hamburg
- Klartext gegen die AfD:
 - Broschüre „Rechtspopulismus ist keine Alternative!“ (2015)
- Kontinuierlich dokumentiert: Der Blog AfD Watch Hamburg (seit 2019)

„MEHR ALS ANTI UND REAKTIV“

- Interview mit zwei Aktivist*innen zu 20 Jahren Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR)

LAUT UND SICHTBAR – KAMPAGNEN, AKTIONEN UND DEMONSTRATIONEN

- Unsere Botschaft zur Bürgerschaftswahl 2008: „Keine Stimme den Nazis“
- Klare Präsenz: Antifaschistischer 1. Mai 2008
- Gegen rechte Mode: „Schöner leben ohne Naziläden“ (2008)
- Kreativer Protest: Die Aktion „Brauner Sack“ (2009)
- Gegen die NPD: Aktionen wie „Nazis isolieren“ (11.9.2009)
- Gemeinsam gegen rechts: Demo „Naziaufmarsch stoppen!“ (2.6.2012)
- 20.000 auf der Straße: Protest gegen Nazi-Hools (12.9.2015)
- Druck zeigen: Kampagne gegen den Naziladen Nordic Company (2017)
- Montags laut: Proteste gegen rechte Hetze, MMW und Pegida (2018/2019)
- Haltung zeigen in der Pandemie: „Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien“ (2020 – 2022)
- Dauerhafter Widerstand: Aktionen zur AfD

BUNDESWEIT VERNETZT – GEMEINSAM STÄRKER GEGEN RECHTS

- Auf der Straße – Dresden Nazifrei (2012)
- Klare Kante – Unterstützung für Aufstehen gegen Rassismus (seit 2016)
- Blockieren, wo es wehtut – Unterstützung für „Widersetzen“ (seit 2024)

Haltung zeigen – Ein Fazit nach 20 Jahren

Zwei Jahrzehnte Widerstand – Das Hamburger Bündnis gegen Rechts



Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) ist seit seiner Gründung im Jahr 2005 eine feste Größe im zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen rechte Umtriebe in Hamburg. Was mit einer gemeinsamen Erklärung gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus begann, hat sich über die Jahre zu einem handlungsfähigen, breiten und kontinuierlich aktiven Bündnis entwickelt. Heute arbeiten Antifa-Gruppen, Aktive aus unterschiedlichen Parteien und Vereinigungen – von radikal bis bürgerlich links –, Gewerkschaften, migrantische Initiativen, linke Gruppen, Kulturschaffende, antifaschistische Einzelpersonen und viele mehr zusammen, um den Rechtsruck in Gesellschaft, Politik und Alltag nicht unwidersprochen hinzunehmen.

Diese Broschüre dokumentiert 20 Jahre antifaschistische Arbeit – nicht als Selbstdarstellung, sondern als Einladung zum Mitdenken, Mitmachen und Mitorganisieren. Sie zeigt, wie vielfältig antifaschistisches Engagement sein kann – und sein muss. Wir erinnern, recherchieren, protestieren und intervenieren.

Kapitel 1 stellt unsere Gründung und unser Selbstverständnis vor: wie wir arbeiten, was uns antreibt und warum wir ein breites Bündnis sind. **Kapitel 2** dokumentiert exemplarisch unsere Aktivitäten in vier Bereichen. **Kapitel 3** zieht ein Fazit: Was konnten wir erreichen? Wo stehen wir heute? Und wie begegnen wir der nächsten Welle rechter Ideologien?

Mit dieser Publikation wollen wir informieren, motivieren, erinnern und deutlich machen: Antifaschismus ist kein Randthema, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade heute, wo rechte Kräfte sich wieder zunehmend salonfähig geben, sind Haltung, Wissen und Solidarität gefragt.

Hinweis In diesem Text wird bewusst auf Quellenangaben verzichtet, da sich nahezu alle Informationen auf der Homepage des HBgR oder aus anderen frei zugänglichen Quellen nachvollziehen lassen.

Wer wir sind: Gründung und Selbstverständnis

Anfang bis Mitte der 1990er Jahre existierte das hamburgweite Bündnis „Kein Fußbreit den Faschisten“.

Ende der 1990er Jahre gab es mit dem „Bündnis gegen Rassismus und Faschismus“ einen weiteren „Vorläufer“ des HBgR. Diese agierten jedoch hauptsächlich anlassbezogen, hatten deshalb eine sehr schwankende Beteiligung und waren fast nur bewegungspolitisch tätig.

Eine strategische Vorausplanung oder recherchierende und publizistische Tätigkeit fand kaum statt.

Im Jahr 2002 gab es lokale antifaschistische Zusammenschlüsse und Initiativen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen. Diese arbeiteten gegen rechte Tendenzen an, waren aber nicht zentral koordiniert.

Der Gründungsanstoß war eine Reaktion auf wiederholte neonazistische Aufmärsche und Übergriffe in Hamburg. Diese hatten sich in den Jahren 2004/2005 gehäuft und führten zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen Rechtsextremismus.

Im Jahr 2005 wurden diese lokalen Gruppen zusammengeführt und das HBgR gegründet. Verschiedene antifaschistische Initiativen, Gewerkschafts- und Parteigruppen, zivilgesellschaftliche Akteure, Kulturschaffende sowie migrantische Organisationen schlossen sich zusammen, um rechte Aktivitäten in Hamburg gemeinsam und wirksam zu bekämpfen.

Seit seiner Gründung versteht sich das HBgR als breites Bündnis, das parteipolitisch unabhängig agiert, aber eine klare Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und rechte Gewalt vertritt.

Als inhaltliche Grundlage dient die „Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus“ – ein gemeinsamer Wertekanon aller Beteiligten. Darin heißt es:

„Wir laden alle demokratisch gesinnten Menschen – gleich welcher Herkunft, Religion, Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit – ein, mit uns ... zusammen zu arbeiten.“ Und: „Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft. ... Um ihr gerecht zu werden, ist eine ständige Aufklärung über die Umtriebe und die Ideologie der Nazis sowie ihre gesellschaftlichen Wurzeln erforderlich.“

Entscheidend ist dabei unsere antifaschistische, solidarische und partizipative Praxis: Das Bündnis unterstützt Aktionen, Kampagnen, Gedenk- und Aufklärungsarbeit, arbeitet mit lokalen Gruppen, Gewerkschaften, Initiativen gegen Diskriminierung und anderen zusammen und verfolgt dabei stets das Ziel, rechten Strukturen systematisch den Boden zu entziehen.

Diese Selbstverpflichtung drückt sich auch strukturell aus. Entscheidungen werden gemeinsam gefällt und umgesetzt – unabhängig von inhaltlichen Differenzen zu Einzelfragen. Das Bündnis bemüht sich bewusst um Offenheit, Zusammenarbeit und Transparenz als Basis für ein nachhaltiges Agieren gegen rechte Ideologien.

In knapp 20 Jahren hat sich das Bündnis so von einer losen Aktionsgemeinschaft zu einem Stabilitätsanker entwickelt – mit regelmäßigen Kampagnen, einem Netzwerk ehrenamtlicher Rechercheure, medienwirksamen Aktionen und festen Kooperationen mit Gewerkschaften, Initiativen wie „Aufstehen gegen Rassismus“ und „Omas gegen Rechts“ sowie migrantischen und linken Gruppen.

Eines bleibt klar: Hamburg bleibt bunt – rechte Ideologien bleiben draußen.

Zwei Jahrzehnte Widerstand – Unsere Aktivitäten seit 2005

Seit seiner Gründung im Jahr 2005 hat sich das HBgR stetig weiterentwickelt – von einer Initiative engagierter Aktivist*innen zu einem verlässlichen antifaschistischen Akteur in der Hamburger Stadtgesellschaft. Diese zwei Jahrzehnte antifaschistischen Widerstands lassen sich in vier sich überlappende Aktionsbereiche gliedern:

Erinnern heißt kämpfen – Gedenken als politische Praxis

Das HBgR versteht Gedenken nicht nur als Rückblick, sondern als entschlossenen Akt gegen die Kontinuität rechter Gewalt – lokal verankert und politisch wach.

Aufdecken, benennen, handeln – Recherche und Aufklärung

Wir decken rechte Netzwerke auf, recherchieren, machen sie sichtbar und setzen auf politische Aufklärung als Grundlage antifaschistischer Praxis.

Laut und sichtbar – Kampagnen, Aktionen und Demonstrationen

Mit kreativen Protestformen, öffentlichen Kampagnen und Bündnisdemonstrationen greifen wir aktiv in gesellschaftliche Debatten ein und setzen deutliche Zeichen gegen rechte Normalisierung.

Bundesweit vernetzt – Gemeinsam stärker gegen Rechts

Rechte Kräfte agieren überregional – unser Widerstand auch. Durch die Beteiligung an bundesweiten Bündnissen, Kampagnen und Blockaden stärken wir den Austausch, die Solidarität und die Wirkung antifaschistischer Initiativen über Hamburg hinaus.

Diese vier Bereiche bilden gemeinsam das Gerüst unseres Wirkens. Sie stehen für vier Dimensionen antifaschistischer Arbeit, die sich ergänzen: Gedenken und Erinnerung, Recherche und Aufklärung, öffentliche Präsenz sowie Vernetzung und Bündnisarbeit. Indem wir sie verknüpfen, reagieren wir umfassend auf rechte Strategien – emotional, analytisch, kämpferisch und solidarisch.

ERINNERN HEISST KÄMPFEN – GEDENKEN ALS POLITISCHE PRAXIS

Für uns ist Gedenken kein kontemplativer Rückblick, sondern sichtbarer politischer Widerstand. Sei es beim Ohlsdorfer Friedensfest, im „Bündnis 8. Mai“, bei der „Nacht der Jugend“ im Rathaus, bei der Erinnerung an Süleyman Taşköprü, ein Opfer des NSU, oder bei der Erinnerung an weitere Mordopfer rechter Gewalt – wir verbinden historische Erinnerung mit aktuellem antifaschistischem Engagement. So werden Gedenkpraktiken zu einer Handlungsform gegen Rechts: Erinnern heißt kämpfen.

• Seit 2009 dabei: Beteiligung am Ohlsdorfer Friedensfest

Seit 2009 beteiligt sich das HBgR am Ohlsdorfer Friedensfest (OFF), das jährlich im Sommer auf dem Gelände des Friedhofs Ohlsdorf stattfindet.

Bereits Anfang der 2000er Jahre fanden dort unter Polizeiaufsicht Nazi-Aufmärsche statt. 2006 gab es erstmals antifaschistische Proteste dagegen. Aufgrund des öffentlichen Drucks und des Wunsches der Friedhofsverwaltung wurde schließlich im Jahr 2008 ein Bündnis gegründet, das das erste Ohlsdorfer Friedensfest veranstaltete.

Das OFF wird rund um das Mahnmal für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung ausgerichtet und versteht sich als ein Ort des lebendigen Gedenkens und Austauschs. Ziel des Festes ist es, antifaschistische Erinnerungskultur in die Gegenwart zu übersetzen und insbesondere auch jüngere Generationen für historische Kontinuitäten rechter Gewalt und Ideologie zu sensibilisieren.

Veranstaltet wird das Fest vom Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest, in dem unter anderem die Hamburger Friedhöfe, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, antifaschistische Initiativen, der Jugendarbeitskreis des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sowie die VVN-BdA Hamburg zusammenarbeiten.

Das HBgR ist mit eigenen Informationsständen, thematischen Veranstaltungen, Redebeiträgen und Kulturbeiträgen vertreten. Dabei werden Verbindungen zwischen historischen Formen faschistischer Herrschaft und aktuellen Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus hergestellt.

Das Bündnis nutzt das Friedensfest auch, um auf aktuelle rechte Umtriebe hinzuweisen.

Durch seine kontinuierliche Präsenz hat das HBgR das Ohlsdorfer Friedensfest über die Jahre hinweg mitgeprägt und zu einem wichtigen Bestandteil der politischen Gedenkkultur in Hamburg gemacht.

• Befreiung feiern: Teil des Hamburger Bündnisses 8. Mai (seit 2015)

Seit 2015 unterstützt das HBgR rund um den 8. Mai das „Hamburger Fest der Befreiung“. Mit diesem Fest wird der Kapitulation des NS-Regimes und der Befreiung durch die Alliierten im Jahr 1945 gedacht. Ziel ist es, diesen historischen Wendepunkt zu würdigen und zugleich gegen heutige faschistische und rechte Bewegungen Stellung zu beziehen.

Das „Bündnis 8. Mai“ ist ein offenes Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen, Verfolgten- und Angehörigenverbänden, Jugendgruppen, Gewerkschaften und Parteien. Es wurde 2015 auf Initiative der VVN-BdA gegründet.

Das Fest der Befreiung ist als lebendiges, politisches Erinnern konzipiert. Mit Konzerten, Demonstrationen, Lesungen, Zeitzeug*innenengesprächen und Ausstellungen wird nicht nur erinnert, sondern auch gefeiert – in den Wallanlagen, im Gängeviertel oder auf dem Rathausmarkt. Damit verbunden ist auch die Forderung, den 8. Mai als „Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus“ zum bundesweiten Feiertag zu machen.

Gerade in Zeiten zunehmender rechter Gewalt und Holocaustverharmlosung betont das Bündnis: Erinnern ist nicht neutral. Es ist parteilich – für die Opfer, gegen die Täter und jeden Geschichtsrevisionismus.

• Für ein lebendiges Gedenken: Beteiligung an der „Nacht der Jugend“ im Rathaus

Leider fand die „Nacht der Jugend“ am 9. November nur vier Mal im Zwei-Jahres-Abstand von 2007 bis 2013 im Hamburger Rathaus statt. Als die DKP und Avanti, die damals wesentliche Beiträge zum HBgR leisteten, 2009 durch die Bürgerschaftskanzlei von der Veranstaltung ausgeladen werden sollten, trugen unsere Proteste dazu bei, dass alle Beteiligten unseres Bündnisses im Rathaus dabei waren. Bei unserer Veranstaltung im Rathaus haben wir mit der Zeitzeugin Steffi Wittenberg (VVN-BdA) erläutert, warum es noch heute wichtig ist, gemeinsam mit allen Demokraten gegen die neuen Nazis aktiv zu werden, ohne gesellschaftskritische Gruppierungen auszuschließen.

Die VVN-BdA ist Teil des Hamburger Bündnisses gegen Rechts, weil Antifaschismus nur gemeinsam stark ist. Wir tragen die Stimmen der Verfolgten des NS weiter, erinnern, beobachten neofaschistische Strukturen und mahnen vor dem Wiedererstarken faschistischer Ideologien. Erinnerung ist für uns kein Selbstzweck, sondern Handeln – gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Hetze, für Solidarität und eine antifaschistische Zukunft.



VVN-BdA, AK Neofaschismus



8. Mai 2008, Fest der Befreiung, Quelle: HBgR



100ste Kundgebung für ein Gedenkort Stadthaus, 9. Oktober 2020, Quelle: VVN-BdA Hamburg

Als Auschwitz-Komitee in der BRD e.V., gegründet 1986 von Auschwitz-Überlebenden, nehmen wir regelmäßig am HBgR teil, um uns hamburgweit zu vernetzen.

Mit 2 großen Veranstaltungen im Jahr (9. Nov. / 27. Jan) engagieren wir uns in der Erinnerungsarbeit. Wir kämpfen gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Neonazis und fremdenfeindliche Verfolgung und Unterdrückung Flüchtender. Das geht nur hamburgweit gemeinsam mit dem HBgR und den von dort entwickelten Aktivitäten.

kontakt@auschwitz-komitee.de
VVN-BdA, AK Neofaschismus

• **NSU in Hamburg:**
Aufarbeitung des Mordes
an Süleyman Taşköprü

Süleyman Taşköprü wurde am 27. Juni 2001 in Hamburg-Bahrenfeld vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ermordet. Über zehn Jahre lang wurden diese Tat und weitere Morde in der Bundesrepublik nicht als rechtsmotiviert erkannt, obwohl es zahlreiche Hinweise gab. Erst nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 wurde das rassistische Netzwerk öffentlich bekannt.

Das HBgR fordert seitdem eine umfassende Aufklärung der lokalen Verstrickungen. Welche Rolle spielten Hamburger Behörden? Gab es Hinweise, die ignoriert wurden? Warum wurde in der Hamburgischen Bürgerschaft bis heute kein Untersuchungsausschuss eingesetzt, obwohl es diesen in allen anderen Bundesländern gab, in denen es Tatorte des NSU gab? Mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen, Vorträgen und Publikationen hat das Bündnis die Erinnerung an Süleyman Taşköprü wachgehalten und mit der Forderung nach umfassender Aufklärung verbunden.

Besonders sichtbar wurde das Engagement im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung im NSU-Prozess im Jahr 2018: Unter dem Motto „Kein Schlusstrich!“ protestierte das Bündnis gemeinsam mit der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü u. a. gegen das systematische Versagen der Sicherheitsbehörden und erinnerte an

alle Betroffenen rechter Gewalt. Mit Veranstaltungen und politischen Forderungen macht das Bündnis regelmäßig deutlich: Ohne Erinnerung keine Gerechtigkeit – und keine Zukunft ohne Aufarbeitung.

• **Nie vergessen: Gedenken an Opfer**
rechter Gewalt (Ramazan Avci, Nguyễn Ngọc Châu,
Đỗ Anh Lân, Semra Ertan, ...)

Für das HBgR ist das Gedenken an die Opfer rechter Gewalt ein zentraler Bestandteil politischer Arbeit. Das Bündnis erinnert immer wieder an Menschen,

die in Hamburg oder anderswo durch rassistische, antisemitische oder faschistische Gewalt ihr Leben verloren haben.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Gedenken an Ramazan Avci, der 1985 in Hamburg von Neonazis ermordet wurde. Auf Einladung der Ramazan-Avci-Initiative unterstützt das Bündnis regelmäßig Mahnwachen und stille Kundgebungen am Ramazan-Avci-Platz gegenüber dem Bahnhof Landwehr.

Die Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) ist ein aus der Gastarbeiterbewegung hervorgegangener, 1980 gegründeter Zusammenschluss von Arbeitervereinen von Türkeistämmigen. Sie strebt nach einem friedlichen und solidarischem Zusammenleben von Türkeistämmigen und Einheimischen in Deutschland. So ist es für ihren Einsatz gegen Rassismus und Faschismus selbstverständlich, mitunter im HBgR mitzuwirken. Da dieser Kampf eng mit der sozialen Frage verknüpft ist, unterstützt die DIDF auch Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

DIDF-Hamburg



Ebenso beteiligt sich das HBgR an der Erinnerung an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, die 1980 bei einem Brandanschlag der „Deutschen Aktionsgruppen“ auf ein Flüchtlingswohnheim in Hamburg ums Leben kamen. (gestrichen)

Auch das Gedenken an Semra Ertan, die sich 1982 in Hamburg aus Protest gegen Rassismus selbst verbrannte, ist Teil der Erinnerungskultur des Bündnisses. Wir beteiligen uns an den Kundgebungen, Lesungen und politischen Forderungen, die das Erinnern aktiv gestalten. Dabei geht es nicht nur um Rückschau, sondern auch um einen Handlungsauftrag für das Hier und Jetzt.

Darüber hinaus erinnert das HBgR in seiner Instagram-Postreihe #rememberh jeweils zu den Jahrestagen an weitere Opfer rechter Gewalt. Mit Biografien und Hintergrundinformationen werden dabei Einzelschicksale sichtbar gemacht. Die Beiträge mahnen, erinnern und rufen zu konsequentem Antifaschismus auf.

AUFDECKEN, BENENNEN, HANDELN –
RECHERCHE UND AUFKLÄRUNG

Wenn rechte Strukturen in Hamburg ungehindert wachsen können, beispielsweise in Form von Alt- und Neonazi-Initiativen, Netzwerken, Burschenschaften und AfD-Strukturen, dann sind klare Namen und Fakten gefragt. Mit Broschüren, Blogs wie „AfD Watch Hamburg“, Recherchen zu Netzwerken sowie Aufklärungs- und Skandalisierungskampagnen tragen wir dazu bei, diese Dunkelmilieus aufzudecken. Dabei lassen wir die Entlarvung von Kooperationen der extremen Rechten mit konservativen Milieus nicht aus. Nur mit fundierter Aufklärung kann glaubwürdige antifaschistische Politik ansetzen. Es geht darum, nicht nur zu reagieren, sondern strategisch zu agieren. Zahlreiche Hamburger Medien vertrauen inzwischen unserer Expertise und beziehen sich auf unsere Veröffentlichungen.

Wir sind seit vielen Jahren Teil des Hamburger Bündnisses gegen Rechts. Hier kommen Initiativen, Organisationen und Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven zusammen. Wir schätzen den Austausch von Wissen und Meinungen und merken immer wieder, was wir erreichen können, wenn wir gemeinsam Aktionen planen. Nur durch gebündelte Kräfte können wir eine starke Stimme gegen Rechts sein und den Einfluss der AfD und anderer extremer Rechter wirksam zurückschieben.

Aufstehen gegen Rassismus
Hamburg



Im Flüchtlingsrat Hamburg setzen wir uns für die Rechte von Geflüchteten ein. Unser Ziel ist eine solidarische Stadtgesellschaft, in der Herkunft nicht über Chancen, Würde und Teilhabe entscheidet. Durch Verweisberatung, Bildungsangebote und Begegnungsräume schaffen wir Zugänge, um Geflüchteten eine Stimme zu geben und Barrieren abzubauen. Unsere Arbeit basiert auf Solidarität, Respekt und Menschenwürde, weshalb wir Teil des Hamburger Bündnis gegen Rechts sind. Unsere aktuellen Projekte findet ihr auf unserer Homepage.

Flüchtlingsrat Hamburg



Beim Offenen Antifaschistischen Treffen Hamburg arbeiten wir 365 Tage im Jahr zusammen, um gegen rechte Kräfte in und um Hamburg aktiv zu werden. Wir sind Teil vom HBGR, da Bündnisarbeit für uns eine unverzichtbare Grundlage antifaschistischer Praxis ist. Gemeinsam sind wir in der Lage, wichtige Positionen wie klassenbewussten Antifaschismus, Antirassismus und die Notwendigkeit unterschiedlicher Aktionsformen in die Breite zu tragen. Für uns gilt: Mit Respekt und politischer Klarheit zusammenzuarbeiten und die Einheit an den richtigen Punkten suchen.

OAT



Neben den im Folgenden genannten Themen haben wir uns außerdem mit verschiedenen Bereichen befasst, die auch in den weiteren Kapiteln dieser Broschüre aufgeführt sind. Unser Motto dabei ist: Fundierte Aufklärung ist die beste Grundlage für entschlossenes Handeln. Zu den von uns behandelten Themen gehören unter anderem die Neue Rechte, studentische Verbindungen, die NPD und Freie Kameradschaften, Reichsbürger*innen und rechte Verschwörungsgläubige sowie Querfrontversuche von rechts.

Wir beobachten die Hamburger AfD in all ihren braunen Facetten.

Antifaschistische Recherche auf
www.afd-watch-hamburg.org



• Kein Raum für Rechts: Interventionen gegen rechte Raumnahme

Seit seiner Gründung engagiert sich das HBgR dafür, rechten und neonazistischen

Organisationen den öffentlichen Raum streitig zu machen. Dabei kam es zu zahlreichen erfolgreichen Interventionen gegen rechte Raumnahme in Hamburg. So wies das Bündnis beispielsweise im Jahr 2009 öffentlich auf die Nutzung von Räumlichkeiten der Handwerkskammer durch Burschenschaften hin. Nach medialem Druck wurden die Gruppen ausgeladen. Im Jahr 2011 verhinderte ein offener Brief des HBgR die Gründung der rassistischen Partei „Die Freiheit“ in einer Ottenser Gaststätte. Nach öffentlicher Kritik wurden der Partei die Räume kurzfristig entzogen – ein symbolträchtiger Erfolg. Auch die geplante Veranstaltung einer NPD-nahen Anwältin im Hotel Baseler Hof wurde nach einer Intervention des HBgR im Jahr 2011 abgesagt, ebenso eine NPD-Veranstaltung in der VHS-Ost im Jahr 2014.

In der jüngeren Vergangenheit hatten öffentliche Bekanntmachungen von Versuchen rechter Raumnahme, verbunden mit der Forderung nach Ausladung, ebenfalls Erfolg: bei einer rechten Rap-Veranstaltung im Angel Klub im Juli 2024, beim Versuch einer AfD-Gliederung im Oktober 2024, in der Gaststätte eines Sportvereins zu tagen, sowie im Januar 2025, als der spätere AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Schumann, der an der Heinrich-Hertz-Schule reden sollte, nach öffentlicher Intervention, unter anderem vonseiten des HBgR, wieder ausgeladen wurde. Insbesondere die AfD hat inzwischen erhebliche Schwierigkeiten, in Hamburg Räume zu finden, und muss deshalb meistens auf eigene Räumlichkeiten oder solche zurückgreifen, die ihr die Stadt (für angebliche Fraktionsveranstaltungen kostenlos) zur Verfügung stellt.

Sobald rechte Gruppen versuchen, sich gesellschaftlich zu verankern, sorgt das HBgR mit Protestbriefen, der Veröffentlichung von Hintergrundrecherchen und medienwirksamer Skandalisierung für öffentlichen Druck. Durch diese kontinuierlichen Interventionen konnte verhindert werden, dass extrem rechte Akteure in Hamburg ein stabiles soziales oder institutionelles Umfeld etablieren.

• Rechte Netzwerke erkennen und benennen: Burschenschaften im Fokus

Studentenverbindungen, insbesondere Burschenschaften, geraten regelmäßig ins Visier des HBgR, da sie oft als Knotenpunkte extrem rechter Netzwerke fungieren. Seit seiner Gründung macht das HBgR auf die ideologischen Hintergründe und personellen Verflechtungen dieser Korporationen aufmerksam. Unter dem Motto „Burschen raus!“ wurden wiederholt Kundgebungen an bekannten Treffpunkten wie der extrem rechten Burschenschaft Germania in Harvestehude organisiert. Das Ziel war dabei nicht nur, Protest zu äußern, sondern auch, die Öffentlichkeit über die Kontinuitäten völkischer und nationalistischer Strukturen aufzuklären. Dies führte dazu, dass die Germania im Jahr 2022 ihr Haus in Harvestehude aufgab und ins vermeintlich politisch ruhige Marienthal umzog.

Eine wichtige Partnerin vor Ort ist die Initiative „Marienthal bleibt bunt“ (MBB), die sich seit Ende 2022 kontinuierlich mit diesen rechten Umtrieben im Stadtteil auseinandersetzt. Ob Mahnwachen zum Holocaust-Gedenktag, Informationsveranstaltungen oder kreative Protestformen – MBB gelingt es, lokal aufzuklären und gegen den rechten Verein in bürgerlicher Tarnung zu mobilisieren. Das HBgR war an der Gründung der Initiative beteiligt und bringt sich bis heute mit Vorträgen, Workshops und Rechercheimpulsen ein. Durch diese Zusammenarbeit wird Wissen über rechte Ideologieproduktion geteilt, die Nachbarschaft wird gestärkt und die Verankerung extrem rechter Strukturen wird offengelegt.

Ein Beispiel für die Verbindung von Recherche und öffentlicher Intervention war die „Antifaschistische Kaperfahrt“ im November 2023. Mit einer Barkassenaktion im Hamburger Hafen wurde gegen den sogenannten „Norddeutschen Heimatabend“ der Germania protestiert. Die Aktion war nicht nur symbolischer Widerstand, sondern auch ein Beitrag zur Entlarvung der rechten Selbstdarstellung als „harmloses Brauchtum“ in der Öffentlichkeit. Solche gezielten Eingriffe machen deutlich: Wer rechte Räume identifizieren und einordnen kann, schafft die Grundlage für wirksamen gesellschaftlichen Widerspruch.

• Analyse und Kritik: Zur AfD in Hamburg

Das HBgR hat die Entwicklung der AfD in Hamburg seit deren ersten Aktivitäten kontinuierlich beobachtet und analysiert. Bereits im Jahr 2014 wies es auf die engen Kontakte des damaligen AfD-Spitzenkandidaten Dirk Nockemann zu extrem rechten Kreisen hin. In den folgenden Jahren zeigte sich zunehmend, dass die Hamburger AfD personell, ideologisch und organisatorisch

Die Nachbarschaftsinitiative „Marienthal bleibt bunt“ hat sich im Januar 2023 nach einer Demo des HBgR zur Burschenschaft Germania gegründet. Recherchen des HBgR hatten aufgedeckt, dass die rechtsextreme Burschenschaft Germania von der Sierichstraße in die Jüthornstraße gezogen war.

Wir wollen uns gegen die Burschenschaft Germania wehren. So haben wir zusammengefunden. Wir werden immer wieder durch die Expertise aus dem HBgR unterstützt und mit Infos zu den Machenschaften der Germania versorgt. So können und konnten wir unsere Proteste gezielt auf deren Aktivitäten ausrichten.

Wir freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit. MBB



Die Barmbeker Ini gegen Rechts wurde nach dem 1.5.2008 gegründet, als eine Demo des HBgR gegen einen Naziaufmarsch stattfand. Seitdem nehmen wir am HBgR teil, um uns hamburgweit zu vernetzen und gemeinsame Aktionen durchzuführen. Ein großer Erfolg war 2018 die Vertreibung des Nordic Company-Thor Steinar Ladens aus dem Viertel.

Wir machen Veranstaltungen mit den Stadtteilkulturzentren, Stolpersteinrundgänge und regelmäßige Infostände.

Treffpunkt ist jeden
3. Mittwoch im Monat,

19:30 Uhr im Kulturklinker Barmbek.



Der Lauf gegen Rechts um die Alster in Hamburg findet seit 2012, also seit 14 Jahren, statt. Er entstand als Aktion im Rahmen eines vom Hamburger Bündnis gegen Rechts initiierten größeren Bündnisses, um den für Juni 2012 geplanten Nazi-Aufmarsch „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) zu verhindern. Seitdem findet er jedes Jahr am letzten Sonntag im Mai statt und wird von der Marathonabteilung des FC St. Pauli organisiert. Während der Corona-Pandemie konnte er dezentral und individuell stattfinden, sodass durch die Spenden in all den Jahren kontinuierlich antifaschistische und antirassistische Arbeit finanziell unterstützt werden konnte.

Es ist eine Veranstaltung, bei der in bester gramscischer Intention antifaschistische Themen und Sport zusammengebracht werden.



Im HBgR läuft viel zusammen: Recherche, Infrastruktur, Kontakte und jede Menge Erfahrung. Seit seiner Gründung organisieren wir hier groß angelegte Kampagnen, medienwirksame Aktionen und Straßenmobilisierungen. Schon damals war uns die Arbeit in breiten antifaschistischen Bündnissen wichtig. Wir schätzen es, dass ziviler Ungehorsam und Widerstand gegen Repressionen politisch getragen werden und dass Konsens darüber besteht, dass sich Antifaschismus nicht im Kampf gegen Nazis und AfD erschöpft. Als radikale Linke, die gesellschaftlich verankert sein und entschlossen eingreifen will, bleibt das HBgR für uns der wichtigste antifaschistische Zusammenhang in Hamburg.

Interventionistische Linke Hamburg



mit Neonazis, Burschenschaffern und anderen rechten Netzwerken verbunden ist.

Das HBgR macht diese Strukturen durch Veranstaltungen, Pressearbeit und direkte Aktionen öffentlich. Dabei wird deutlich: Die Hamburger AfD ist kein bürgerliches Sammelbecken, sondern Teil eines gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks mit ideologischen und praktischen Überschneidungen zum rechten Rand.

• Klartext gegen die AfD: Broschüre „Rechtspopulismus ist keine Alternative!“ (2015)

Im Januar 2015 veröffentlichte das HBgR gemeinsam mit anderen Organisationen die Broschüre „Rechtspopulismus ist keine Alternative! Kritik der AfD“, um über die wachsenden Gefahren dieses rechten Projekts aufzuklären. Anlass war der Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2015, in dem die AfD erstmals in die Bürgerschaft einzog.

In der Broschüre werden die Verbindungen von AfD-Kadern zu rassistischen, antifeministischen und geschichtsrevisionistischen Ideologien dokumentiert. In akribischer Recherche wurden Personalien, Ideologien und Netzwerke dargestellt. Die Publikation wurde durch Informationsveranstaltungen, Flyeraktionen und eine kritische Begleitung des AfD-Wahlkampfes ergänzt.

Die Veröffentlichung war ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildungsarbeit in Hamburg und wurde bundesweit aufgegriffen. Sie machte frühzeitig deutlich, dass die AfD nicht nur rechtspopulistisch, sondern in Teilen offen extrem rechts ist.

• Kontinuierlich dokumentiert: Der Blog AfD Watch Hamburg (seit 2019)

Seit September 2019 ist „AfD Watch Hamburg“ online, ein Rechercheprojekt des HBgR und verbündeter Aktivist*innen. Es widmet sich der kontinuierlichen Dokumentation und Analyse der Hamburger AfD. Der Blog veröffentlicht Hintergrundberichte, Personalrecherchen, Netzwerkanalysen sowie Verbindungen der Partei zur extremen Rechten.

Er ist besonders in Wahlkämpfen aktiv, beginnend mit der Bürgerschaftswahl 2020 über die Bezirks- und Europawahlen 2024 bis zu den Bundestags- und Bürgerschaftswahlen 2025.

Seit 2023 wird der Blog insbesondere vom Arbeitskreis Neofaschismus der VVN-BdA getragen.

Die Plattform entstand aus dem Bedürfnis heraus, nicht nur auf einzelne Skandale zu reagieren, sondern rechte Strukturen in Hamburg systematisch und langfristig sichtbar zu machen. AfD Watch Hamburg versorgt Presse, Zivilgesellschaft und engagierte Einzelpersonen mit faktenbasiertem Material und leistet so wertvolle antifaschistische Aufklärungsarbeit.

Der Blog liefert eine wertvolle Grundlage für politische Interventionen, Bündnisarbeit und Mobilisierung gegen rechte Normalisierung. Auch Hinweise aus der Öffentlichkeit werden aufgenommen – AfD Watch ist ein gelebtes Beispiel für kollektive Gegenöffentlichkeit.

LAUT UND SICHTBAR – KAMPAGNEN, AKTIONEN UND DEMONSTRATIONEN

Antifaschismus braucht Sichtbarkeit. Ob Wahlkampagnen, Demonstrationen, Blockaden oder kreative Interventionen: Unser Engagement im öffentlichen Raum setzt Zeichen, schafft Aufmerksamkeit und wirkt rechten Normalisierungsversuchen entgegen.

Mit klarer Sprache, mutigen Aktionen und starker Bündnispräsenz greifen wir in gesellschaftliche Debatten ein, sei es gegen Naziläden, rechte Veranstaltungen oder autoritäre Bewegungen. Wir zeigen Haltung und bleiben handlungsfähig. Die Proteste zum 1. Mai 2008, die erfolgreichen Blockaden gegen Naziaufmärsche 2012, Demonstrationen gegen rechte Hooligan-Mobilisierungen 2015 oder der wöchentliche Widerstand gegen die „Merkel muss weg“-Bewegung (zuletzt: „Deutscher Michel, wach endlich auf!“) über ein ganzes Jahr zeigen: Sichtbarer Antifaschismus wirkt – und wirkt weiter.

Weiter im Text geht's nach 4 Seiten Interview

„Niemals allein – immer gemeinsam!“ ist die aktuell meistgeschätzte Parole in Der Linken. Weil politische Fensterreden nicht reichen, weil Parteitage keine Naziaufmärsche stoppen und weil eine Partei alleine nur eine Partei ist – deswegen sind wir im Hamburger Bündnis gegen Rechts.

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts ist älter als Die Linke und das rechte Problem älter als das Bündnis. Es war kein plötzlicher Rechtsruck, sondern eine permanente Verschiebung nach rechts, gegen die wir alle stehen.





Mehr als anti und reaktiv“ Interview mit zwei Aktivist*innen zu 20 Jahren Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR)

Die Erleichterung war am 2. März groß. Die AfD blieb bei der Bürgerschaftswahl 2025 im einstelligen Bereich. Ganz gegen den Bundestrend. Parteien und Medien feierten das Ergebnis als ihren Erfolg?

L.: Das würde ich eher als den Erfolg der Hamburger*innen werten. Hamburg ist eine Großstadt mit einer vielfältigen Gesellschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement. Auf einem niedrigen Wahlergebnis der AfD darf sich dennoch nicht ausgeruht werden, auch hier lässt sich in Teilen ein Rechtsruck bemerken. Deshalb gilt es die vielfältige Gesellschaft zu stärken und gemeinsam gegen rechte Hetze aktiv zu werden. Eine solidarische Gesellschaft erfordert von uns allen immer aktiv zu sein, auch in der Schule, am Arbeitsplatz und im Sportverein.

Die selbsternannte Alternative kann bis heute aber kaum öffentliche Auftritte an der Elbe realisieren?

L.: Das ist einer der Erfolge, die wir mit ermöglicht haben. Sobald bekannt ist, dass die AfD irgendwo Auftritt schreiben wir Briefe, um die Vermieter*innen der jeweiligen Örtlichkeiten über die AfD zu informieren und unseren Protest vor Ort anzukündigen. Es gibt kaum Veranstaltungen, die ohne unseren Protest stattfinden können. Leider darf die AfD städtische Räume wie das Hamburger Rathaus, das Altonaer Rathaus oder Schulen für ihre rechten Propaganda-Veranstaltungen nutzen. Das kritisieren wir scharf.

War eine Kampagne gegen die AfD besonders nachwirkend?

L.: Ich denke, dass nicht eine Kampagne besonders hervorsticht, sondern das vor allem unsere Kontinuität eine Stärke ist. Wir richten Veranstaltungen aus und informieren auf AfD-Watch Hamburg, um über die AfD aufzuklären. Wir organisieren Protest bei AfD-Parteitag, wir sind bei den Infoständen im Wahlkampf, um den Passant*innen zu ermöglichen, die Propaganda direkt wieder in blauen Müllsäcken zu entsorgen und wir organisieren Konzerte gegen Rechts. Dabei ist uns wichtig, auch immer wieder Gruppen außerhalb des Bündnisses gegen Rechts für unsere Kampagnen zu gewinnen, um gesellschaftliche Breite zu erzielen.

Ein Bündnis ist ein Bündnis. Drohte der Zusammenschluss auch mal auseinanderzubrechen?

L.: In meiner Zeit nicht. Wir sind politisch sehr unterschiedlich und da gibt es natürlich auch mal Streit, aber wir haben alle sehr klar vor Augen, welche Ziele und Aufgaben das HBgR als antifaschistisches Bündnis hat und uns allen ist klar, dass wir Kompromisse schließen müssen, wenn wir ein starkes Bündnis gegen Rechts sein wollen. Das würde ich eher als Besonderheit und Stärke für unser Bündnis festhalten. „Alle zusammen gegen den Faschismus“, ist nicht nur eine Parole auf Demos, sondern auch eine gemeinsame Strategie.

Wo liegt die Grenze des Minimalkonsenses?

L.: Wir sind alle in politischen Gruppen aktiv, die auch zu anderen Themen arbeiten, die Antifaschismus berühren, aber bei denen wir nicht unbedingt einen Konsens haben, sei es beispielsweise in der Friedenspolitik oder unserer Kritik am Kapitalismus. Bei manchen Themen konnten wir gemeinsame Positionen finden, da wir uns zum Beispiel ganz klar dafür einsetzen, dass es mehr soziale Rechte für alle Menschen geben muss und uns am Sozialprotest-Bündnis und am Bündnis gegen GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) in Hamburg beteiligt haben. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen der Rechtsentwicklung und Sozialpolitik. In der gemeinsamen antifaschistischen Bündnisstrategie sind wir uns einig, was für die Praxis bedeutet, den rechten ihre Räume zu nehmen, wozu auch das blockieren von Naziaufmärschen und AfD-Parteitag gehört.

Seit wann Felix bis du mit dabei?

F.: Ich bin seit 2005, also der Gründung dabei. Damals waren die DVU als Wahlpartei sowie die NPD und die mir dieser verbündeten Nazi-Kameradschaften noch unser Hauptgegner in der extremen Rechten.

Und seit wann wirkst du Lena mit?

L.: Seit 2016, vor der Bundestagswahl 2017, bei der die AfD das erste mal in den Bundestag gewählt wurde.

Habt ihr/du ein prägendes Erlebnis?

F.: Der 1. Mai 2008. Als wir vor Gericht eine Demonstrationsroute in Barmbek über Nacht einklagten und dadurch mit 10.000 Menschen den Aufmarsch der NPD blockieren konnten. Das damalige Spektrum reichte von Autonomen und Antiimperialist*innen über die gesamte Breite von antifaschistischen und antirassistischen Organisationen, Abgeordneten der Grünen und der SPD, Migrant*innen und Geflüchteten bis hin zu einer breiten gewerkschaftlichen Beteiligung. Nur die DGB-Spitze blieb am Tag der Arbeiter*innenklasse fern ab des Geschehens.

Das Bündnis hat viele Groß-Demonstrationen organisiert – und viele Rechtsstreite geführt?

F.: Leider wurden unsere Aktionen nicht nur 2008 von der Polizei bzw. der Innenbehörde mehrfach im Vorfeld mit Verboten oder Routenänderungen versucht zu behindern. Meistens haben wir diese Rechtsstreite gewonnen. Oftmals bezogen sich diese auf unsere Strategie dort zu demonstrieren, wo die Nazis marschieren wollten. Nach dem offensichtlichen Behörden-Versagen im NSU-Komplex wollte die Versammlungsbehörde 2012 allerdings auch verhindern, dass wir vor dem Verfassungsschutz demonstrieren. Wir haben uns damals ebenso durchgesetzt, wie bezüglich der Auskunftspflicht der Bezirksämter über rechte Infostände. Als wir 2009 mit unserer Kampagne, damals noch gegen die NPD, begannen, wollte der schwarz-grüne Senat die gesetzlich verbriefte Auskunft verweigern.

Eine Stimme war oft auf den Demonstrationen zu hören: Esther Bejarano ...

F.: Esther und die damals noch lebende Zeitzeugin Steffi Wittenberg sowie weitere Überlebende des NS-Regimes haben das HBgR auch unterstützt, als der damalige Senat aus CDU und Grünen uns 2009 wegen unserer Bündnisbreite nach links von einem großen Event im Rathaus, der sog. „Nacht der Jugend“, trotz ursprünglicher Zusage wieder ausladen wollte. Esther war einfach eine konsequente und manchmal auch unbequeme Antifaschistin. Wir vermissen sie sehr.

Ihr wart gegen die NPD auf der Straße, seid gegen die AfD ebenso auf der Straße. Ihr habt aber auch immer gegen Netzwerke im parteipolitischen Vorfeld protestiert?

F.: Ob Burschenschaften und andere studentische Verbindungen, neurechte Bildungsvereinigungen, die Identitären, Merkel-muss-weg-Aufmärsche, Corona-Leugner*innen, Reichsbürger*innen und andere Verschwörungsgläubige, alle mussten immer mit energischem Widerstand rechnen. Besonders weh getan hat's immer, wenn wir Kumpanei mit dem etablierten Konservatismus thematisierten. Z.B. als wir veröffentlichten, dass der 2010 designierte Bürgermeister Christoph Alhaus (CDU), Ehrenmitglied einer schlagenden Verbindung war, oder als wir skandalisierten, dass der ehemalige Innensenator Heino Vahldieck (CDU) sich für die Nazis von Merkel-muss-weg interessierte.

In den Bemühungen den Mord an Süleyman Taşköprü durch den NSU ‚aufzuarbeiten‘ hinterfragtet ihr den Rot-Grüne Senat vehement?

L.: Es ist ein Skandal, das Hamburg das einzige Bundesland ist, in dem es einen NSU-Mord gab, aber keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Da fragt man sich schon, welche Neonazinetzwerke und welche Verbindungen zum Verfassungsschutz noch nicht ans Licht gekommen sind. Es muss im Interesse der Allgemeinheit sein, diese Netzwerke aufzudecken.

2025 wurde ein Forschungsprojekt mit der Aufarbeitung beauftragt. Das kann aber kein Ersatz für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss sein. Die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die NSU-Morde sind für uns ein ganz klarer Grund zu sagen, dass dieser abgeschafft gehört. Wir setzen uns immer noch für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und die lückenlose Aufklärung ein. Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen sind die Forderungen der Initiative 19. Februar in Gedenken an Hanau. Hanau, wo am 19. Februar 2020 ein Neonazi neun Frauen und Männer erschoss. Diese vier Forderungen passen auch beim NSU-Komplex. Ohne diese Grundbausteine wird es nicht möglich sein, eine Gesellschaft ohne Rassismus aufzubauen. Viele Menschen fühlen sich in Deutschland nicht sicher vor gewaltbereiten Neonazis – was die weiße Mehrheitsgesellschaft gern nicht wahrnimmt und so auch gern den Rechtsterrorismus schnell vergisst.

„Schrilles buntes Hamburg“ intoniert Kettcar zur PR-Vermarktung des Anti-Habituellen „bei den brennenden Barrikaden“. Besteht die Gefahr nicht als Image der Hansestadt zu dienen?

L.: Ich würde das jetzt eher als Image der linken Szene in Hamburg deuten. Brennende Barrikaden sind im HBgR kein Konsens, auch wenn wir uns in der Vergangenheit nie von anderen Aktionsformen distanziert haben. Wir wollen die breite Gesellschaft ansprechen. Trotzdem hoffe ich sehr, dass wir uns im Kampf gegen Faschismus nicht von ‚Rasen betreten verboten‘-Schildern aufhalten lassen und mutig und entschlossen bleiben, denn wie **Esther Bejarano sagte, wir können uns im Kampf gegen Nazis nicht auf den Staat verlassen. Konsequenter Antifaschismus ist nicht immer bequem.**

Das Interview mit Lena und Felix wurde von Andreas Speit geführt. Er ist Journalist, Publizist, Autor und Herausgeber von Büchern zu den Themen Rechts extremismus und Neonazismus. Für seine Veröffentlichungen wurde er 2007 als Lokaljournalist des Jahres ausgezeichnet und erhielt den Preis des Medium Magazins. 2008 war er Mitpreisträger des Grimme Online Awards für das Zeit-Online-Portal „Störungsmelder“. 2012 bekam er den Journalisten-Sonderpreis „TON ANGEBEN. Rechtsextremismus im Spiegel der Medien“ des Deutschen Journalistenverbandes und des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt. 2025 erhielt er den Preis „COURAGE gegen Rechts“ der GEW Niedersachsen.





Keine Stimme den Nazis,
Quelle: Archiv der Sozialen Bewegungen

• Unsere Botschaft zur Bürgerschaftswahl 2008: „Keine Stimme den Nazis“

Im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl 2008 initiierte das HBgR zusammen mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis den Aufruf „Keine Stimme den Nazis!“. Ziel war es, der drohenden Normalisierung rechter Wahlbeteiligung – etwa durch die

NPD, die DVU und andere extrem rechte Parteien – offensiv entgegenzutreten. Die Kampagne setzte auf Öffentlichkeit und Aufklärung: Neben einer Pressekonferenz wurde ein Aufruf mit prominenter Unterstützung aus Gewerkschaften, Kultur und Politik veröffentlicht. In diesem wurde zur Wahl demokratischer Parteien und zur Auseinandersetzung mit rechter Ideologie aufgerufen. Durch Infolyer, Veranstaltungen, Kundgebungen und Plakataktionen wurde der Slogan stadtweit sichtbar.

Mit dieser Aktion gelang es, die rechte Wahlbeteiligung zum öffentlichen Thema zu machen und der NPD in Hamburg symbolisch den Boden zu entziehen. Die Kampagne wurde in den Folgejahren zu einem Vorbild für ähnliche Initiativen in anderen Städten – bis hin zur vom HBgR initiierten Kampagne „Klare Kante gegen Rechts“ anlässlich der Wahlen im Jahr 2024.



1. Mai 2008 in Barmbek, Quelle: HBgR

• Klare Präsenz: Antifaschistischer 1. Mai 2008

Am 1. Mai 2008, dem traditionellen „Tag der Arbeiter*innen“, setzte das HBgR in Barmbek ein klares Zeichen gegen rechte Einflussnahme. Nachdem NPD-nahe Gruppen versucht hatten, den Tag für ihre Propaganda zu nutzen, formierte sich ein breites antifaschistisches Bündnis aus Gewerkschaften,

migrantischen Gruppen, der VVN-BdA und linken Organisationen.

Während die DGB-Führung den Nazis den traditionellen Kundgebungsort der Gewerkschaften überlassen wollte und fernab des Geschehens mit deutlich geringerer Beteiligung feierte, konnten wir den Großteil der gewerkschaftlichen Basis mobilisieren. Außerdem nahmen wir den Nazis diesen Ort, indem wir bis vor das Oberlandesgericht zogen, um unsere Demonstration per Eilentscheidung durchzusetzen.

Bereits am Vorabend lieferten mehr als 5.000 Menschen bei einem LKW-Konzert ein eindrucksvolles „Warm-up“ zur großen Bündnis-Demonstration. In nahezu jedem Geschäft auf der Fuhlsbüttler Straße hingen die Plakate der Initiative „Barmbek sagt Nein zu Neonazis“, die von 43 Einrichtungen und Geschäften aus dem Stadtteil unterzeichnet worden waren. Mit 10.000 Teilnehmer*innen war der Protest unter dem Motto „1. Mai – solidarisch und antifaschistisch“ eine der größten antifaschistischen Veranstaltungen seit über einem Jahrzehnt in Hamburg.

Die Strategie umfasste auch Blockaden und weitere koordinierte Aktionen. Durch diese konsequente Präsenz wurde jegliche rechte Sichtbarkeit an diesem symbolträchtigen Tag effektiv unterbunden. Das Ergebnis: Die Neonazis blieben am Rand, während der Platz denen gehörte, die für Solidarität und Demokratie eintraten.

• Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ 2008

Im Jahr 2008 eröffnete in der Hamburger Innenstadt ein Bekleidungsgeschäft, das Kleidung der Neonazi-Marke „Thor Steinar“ verkaufte. Aufgrund ihrer stilisierten Symbolik und bewussten Referenzen an die Ästhetik der SS und der Wehrmacht gilt diese Marke als Erkennungszeichen in der rechtsextremen Szene.

Das HBgR war Teil der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“, die sich aus Nachbar*innen, linken Gruppen und Initiativen zusammensetzte. Mit Protesten, kreativen Aktionen, Informationsveranstaltungen und antifaschistischen Stadtspaziergängen wurde der Druck auf die Betreiber*innen und die Vermieter*innen erhöht.

Am 25. Oktober 2008 war das Ziel erreicht: Der Laden musste nach nur wenigen Monaten schließen. Die Kampagne war ein deutliches Signal: Hamburg duldet keine rechten Szeneläden – und antifaschistischer Protest kann wirken, wenn er lokal verankert und breit getragen ist.



Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden 2008,
Quelle: HBgR

• Kreativer Protest: Die Aktion „Brauner Sack“ (2009)

Während des Straßenwahlkampfes zur Bundestagswahl im Sommer 2009 rief das HBgR gemeinsam mit anderen antifaschistischen Gruppen zur Mitmach-Aktion „Brauner Sack“ auf, einer dezentralen Kampagne gegen Nazi-Propaganda im Hamburger Stadtbild. Die Idee war ebenso simpel wie wirksam: Mithilfe von Aktionspaketen, bestehend aus Müllsäcken, Flugblättern und Aufklebern, sollten Nazi-Aufkleber und rechte Propaganda eingesammelt und „entsorgt“ werden.



Aktion brauner Sack 2008, Quelle: HBgR

Ergänzt wurde die Aktion durch einen SMS-Verteiler, über den rechte Infostände spontan gemeldet und gestört werden konnten. Die Kampagne setzte auf Selbstermächtigung und eine niedrige Hürde für die Beteiligung. Sie lud Bürger*innen dazu ein, sich aktiv gegen rechte Umtriebe zu stellen.

Der „Braune Sack“ war über Wochen hinweg stadtweit sichtbar und trug dazu bei, rechte Präsenz auf der Straße zu unterbinden sowie den öffentlichen Raum als Ort antifaschistischer Zivilcourage zu etablieren.

Diese Protestform wird seit 2016 auch in Wahlkämpfen praktiziert, um AfD-Wahlkampfstände kritisch zu begleiten – mit passenden Beuteln, die von der Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“ zur Verfügung gestellt werden.

- **Gegen die NPD:
Aktionen wie „Nazis isolieren“
(11. September 2009)**

Gemeinsam mit lokalen Partner*innen rief das HBgR für den 11. September 2009 zu einer Kundgebung gegen die NPD in der Hamburger Innenstadt auf. Anlass war der Versuch der Partei, in Hamburg präsenter zu werden, sei es durch Infostände oder rechte Demonstrationen. Durch eine gute Mobilisierung entstand ein breites Bündnis aus Jugendlichen, Gewerkschaften, Initiativen von Migrant*innen und linken Gruppen.

Am Tag der Demonstration beteiligten sich gut 4.000 Menschen unter dem Motto „Nazis isolieren“. In den Redebeiträgen wurden historische Kontinuitäten, die Gefahren der NPD-Strategie sowie lokale Gegenstrategien thematisiert. Die Vielfalt des Protests spiegelte sich in den Beiträgen von ca. 20 Redner*innen wider.

Parallel zur Demonstration versuchten mehr als 1.000 Menschen, den Platz der Nazis am Berliner Tor zu besetzen – teilweise mit Erfolg. Durch Blockadeversuche und lauten Protest wurde deutlich gemacht, dass extreme Rechte in Hamburg weder angesiedelt noch akzeptiert sind. Die Aktion führte zu einem spürbaren Rückgang der rechten Straßenpräsenz und zu einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Gegenwehr.

Weitere Aktivitäten gegen die NPD zeigen, wie kontinuierlich das HBgR rechte Propaganda zurückdrängt. So störten Aktivist*innen im Juli 2010 mit lautem Protest eine NPD-Kundgebung in Wandsbek. Es folgten größere Kundgebungen in Harburg (Januar 2011), auf dem Gänsemarkt (Februar 2011) und in der Innenstadt (August 2013). Auch 2015 gab es starken Protest, beispielsweise im Januar in Wandsbek und im Februar auf dem Jungfernstieg.

„Die OMAS GEGEN RECHTS Hamburg gibt es seit 2018. Schon bald danach stießen wir zum HBgR dazu. Als neu gegründete Bewegung war es uns von Anfang an wichtig, mit anderen antifaschistischen Kräften in Hamburg verbunden zu sein, um gemeinsam gegen Rechts zu kämpfen. Auch, wenn man sich manchmal in Details nicht einig ist, die gemeinsame Basis „gegen Rechts“ eint uns auf der Straße. Nur gemeinsam sind wir stark und wird unsere Stimme hörbar. Darum wünschen wir dem HBgR zu seinem Jubiläum alles Gute und wünschen weiter ein kräftiges „Alerta!“



In Zeiten des Rechtsrucks und zunehmendem Rassismus, ist es wichtiger denn je, Anfeindungen und Hetze etwas entgegenzusetzen. Anstelle von Spaltung braucht es einen Zusammenschluss von Jugendlichen, anhand von gemeinsamen Interessen. Statt Nationalismus und Militarismus, braucht es Investitionen in Soziales und Bildung, um diese Kämpfe, aber auch Generationen zusammenzubringen, sind wir Teil des HBgR und freuen uns auf viele weitere Jahre des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes!

IJH



- **Gemeinsam gegen rechts:
Demo „Naziaufmarsch stoppen!“
(2. Juni 2012)**

Am 2. Juni 2012 mobilisierte das HBgR gemeinsam mit 250 unterzeichnenden Gruppen und Organisationen zu einer Demonstration unter dem Motto „Naziaufmarsch stoppen!“. Hintergrund war ein geplanter Neonazi-Marsch von NPD, Freien Kameradschaften und sogenannten Autonomen Nationalisten durch die Hamburger Innenstadt. Das Bündnis bewertete diesen als direkten Angriff auf antirassistische Grundwerte.

Rund 7.000 Menschen folgten dem Aufruf und zogen vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt. Die Demonstration gliederte sich in thematische Blöcke (Jugend, Gewerkschaften, migrantische Gruppen) und wurde von offenen Redebeiträgen, Transparenten und Musik begleitet. Schließlich sorgten über 6.000 Menschen dafür, dass die genehmigte Route der Nazis unpassierbar wurde. Der Marsch war eine klare Erfolgsgeschichte: Die Neonazis wurden unmittelbar gestoppt und ihre Route blieb ungenutzt – ein Triumph für den blockierenden Protest und die Bündnisarbeit. Er sendete das unmissverständliche Signal: „Hamburg bleibt bunt – Nazis bleiben draußen!“



Demo Naziaufmarsch stoppen
2. Juni 2012, Quelle: PM Cheung

- **20.000 auf der Straße:
Protest gegen Nazi-Hools
(12. September 2015)**

Am 12. September 2015 kam es in Hamburg aufgrund des geplanten Aufmarschs von Nazi-Hooligans unter dem Motto „Tag der deutschen Patrioten“ zu Gegenprotesten. Das HBgR rief gemeinsam mit einem breiten Bündnis dazu auf. Gewerkschaften, Fußballfaninitiativen, antifaschistische Gruppen und Migrant*innenorganisationen mobilisierten unter dem Motto „Gegen Nazi-Hooligans – Hamburg stellt sich quer!“ zahlreiche Menschen. Die Demonstration war ein voller Erfolg: 650 Gruppen, Organisationen und Parteien unterzeichneten den HBgR-Aufruf und 20.000 Menschen beteiligten sich an den Protesten. Dabei waren Transparente gegen Rassismus, rechtsextreme Gewalt und Hooligan-Subkulturen zu sehen. Es gab mehrere kreative Zwischenaktionen, darunter lautstarke Chöre, Zaunplattenbeschriftungen und Flashmobs.

Der Hamburger Senat plante zunächst keinerlei Gegenaktivitäten. Die sehr breite antifaschistische Mobilisierung zwang den rot-grünen Senat und die Sicherheitsbehörden jedoch, ihre Strategie zu ändern. Erst „kurz vor knapp“ kam es dann doch noch dazu, dass der Senat – weit entfernt vom ursprünglich geplanten Aufmarsch – eine öffentliche Kundgebung gegen den Aufmarsch der Nazi-Hooligans anmeldete.



12. September 2015 Protest gegen Nazi-Hools,
Quelle: Archiv der Sozialen Bewegunge

Letztlich zwang die starke antifaschistische Mobilisierung die Innenbehörde und die Polizei, einen drohenden „Notstand“ zu prognostizieren und ein Verbot des Nazi-Aufmarsches vor Gericht zu erstreiten.

Die Nazi-Hools konnten nicht auftreten, ihr Aufmarsch wurde verhindert. Der Protest wurde in den Medien breit wahrgenommen, rückte die Einheit antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte in den Fokus und stärkte antirasistische Bündnisse über die Stadtgrenzen hinaus.



Kampagne gegen Naziladen Nordic Company, Quelle: Bündnis Barmbek sagt Nein

- **Druck zeigen:**
Kampagne gegen den Naziladen Nordic Company (2017)

Als im Frühjahr 2017 in Barmbek-Nord ein neuer Laden der rechten Modemarke „Nordic Company“ eröffnete, organisierte sich vor Ort schnell Widerstand. Das HBgR unterstützte die „Barmbeker Initiative gegen Rechts“, die mit Demonstrationen, Pressearbeit und Kundgebungen gegen das Geschäft protestierte.

Unter Slogans wie „Naziladen schließen – Barmbek bleibt bunt“ zogen regelmäßig hunderte Menschen durch das Viertel. Die Kampagne verband lokalen Protest mit Aufklärung über rechte Lifestyle-Marken und setzte die Eigentümergemeinschaft des Gebäudes unter politischen Druck.

Die Kampagne wurde zum Symbol für antifaschistischen Protest auf Stadtteilebene. Die juristische Auseinandersetzung mit den Vermietern zog sich hin, doch das öffentliche Klima für rechte Geschäftspraktiken war nachhaltig beschädigt: Im Januar 2018 musste das Geschäft schließen.

- **Montags laut:**
Proteste gegen rechte Hetze, MMW und Pegida (2018/2019)

Ab Anfang 2018 versuchten rechte Akteure, unter dem Slogan „Merkel muss weg“ (MMW) auch in Hamburg Fuß zu fassen. Sie wurden dabei von Pegida in Dresden und vergleichbaren Aufmärschen in anderen Städten inspiriert. Jeden Montag versammelten sich in der Hamburger Innenstadt extreme Rechte, Verschwörungsideolog*innen, AfD-Sympathisant*innen und organisierte Neonazis. Dabei waren regelmäßig Kader der NPD, identitäre Aktivist*innen und bekannte Hooligans präsent. Ihre Redner*innen hetzten gegen Migrant*innen, Jüd*innen, Frauen und politische Gegner*innen, und forderten die „öffentliche Verbrennung der Kanzlerin“.

Das HBgR reagierte und rief unter dem Motto „Montags gemeinsam gegen rechte Hetze“ zur Gegenmobilisierung auf. Dem Aufruf folgten Menschen aus dem gesamten linken, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Spektrum.

Mit kreativen Kundgebungen, Demonstrationen, Transparenten, Redebeiträgen und Musik wurden die rechten Aufmärsche konfrontiert und gestört – anfangs mit 800, später mit über 2.000 Teilnehmenden.

Dank dieses wöchentlichen antifaschistischen Protests konnte der Versuch, in Hamburg eine dauerhafte Mobilisierungsstruktur der Rechten zu etablieren, empfindlich geschwächt werden. Bereits im Mai 2018 brach Pegida Hamburg seine regelmäßigen Veranstaltungen ab. Die Proteste verlagerten sich auf monatliche Mittwochsaktionen, entsprechend hieß es nun: „Mittwochs gemeinsam gegen rechte Hetze“

Am 5. September 2018 demonstrierten gut 10.000 Menschen kraftvoll und solidarisch gegen rechte Hetze. Diese Demo zog lautstark durch die Innenstadt zum Gänsemarkt, wo sie sich mit einer „Stimmen der Vielfalt“-Demo vereinte. Letztlich musste die gesamte MMW-Struktur in Hamburg im September 2019 aufgeben. Der letzte Naziredner erklärte: „Es wird dann jetzt wohl erstmal keine weiteren Veranstaltungen in der Richtung geben. Es ist einfach zu wenig Unterstützung da... Hamburg ist einfach ein links dominiertes Loch und wenn du teilweise 10.000 Gegendemonstranten hast, dann traut sich dann kaum einer mehr.“ Ein nachhaltiger antifaschistischer Erfolg, der nur durch Ausdauer, mit insgesamt 18 Gegendemonstrationen, Bündnisarbeit und eine klare Haltung möglich wurde.

- **Haltung zeigen in der Pandemie:**
„Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien“ (2020 – 2022)

Mit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 entstand in Hamburg wie bundesweit eine neue rechte Szene: Die sogenannten „Querdenker*innen“, Verschwörungsideolog*innen, Esoteriker*innen, Impfgegner*innen und rechte Aktivist*innen schlossen sich unter dem gemeinsamen Feindbild der „Corona-Diktatur“ zusammen. Bei diesen sogenannten „Hygiene-Demos“ wurden von Anfang an Antisemitismus, Reichsbürger-Ideologie, NS-Vergleiche und Holocaustrelativierung propagiert. Rechte Influencer*innen und Neonazikader mischten sich ebenso unter die Demonstrierenden, wie rechtsoffene Querfront-Apologeten, die heute gegen die Rote Flora protestieren.

Das HBgR warnte früh und deutlich, dass sich unter dem Deckmantel der Maßnahmenkritik rechte und antisemitische Positionen gefährlich schnell radikalisieren. Die Antwort war eine Gegenkampagne unter dem Motto „Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien“. Das Bündnis organisierte Kundgebungen, Gegendemonstrationen, Pressearbeit und Workshops, stellte Aufklärungsmaterial bereit und analysierte öffentlich die Dynamiken dieser neuen Bewegung. Besonders im Fokus standen Veranstaltungen vor dem Hamburger Rathaus und bei der Kunsthalle.



Proteste gegen Rechte Hetze 14. April 2018, Quelle: HBgR



Demo Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien 15. Januar 2022, Quelle: HBgR

nicht an Hygiene-Regeln gehalten hatten. Trotz Verbot versammelten sie sich dann allerdings unter den Augen der Polizei.

Auch wenn sich die Szene in Teilen weiter radikalisierte, trug das HBgR maßgeblich dazu bei, dass sich rechte Mobilisierungen in Hamburg nicht verstetigten. Die Kampagne steht für einen antifaschistischen Umgang mit Krisen: faktenbasiert, kämpferisch und menschlich.

• Dauerhafter Widerstand: Aktionen zur AfD

Die AfD ist seit ihrer Gründung im Blickfeld des HBgR – mit regelmäßigen Aktionen vor Parteibüros, Veranstaltungen und Wahlkampfständen.



Demo gegen Alice Weidel und die AfD 16. Januar 2025) Quelle: HBgR

faschistische Deportationspläne im Januar 2024 mit rund 100.000 Teilnehmenden, die Demonstration gegen Alice Weidel und die AfD im Januar 2025 mit 20.000 Teilnehmenden sowie zuletzt eine Demonstration für ein AfD-Verbot im Mai 2025 mit mehreren Tausend Teilnehmenden.

Die Antwort des Bündnisses war laut und solidarisch: Am 15. Januar 2022 zog das HBgR in einem breiten Bündnis aus über 100 Organisationen – darunter Gewerkschaften, Parteien und Initiativen – mit rund 5.000 Menschen durch Hamburg. Diese Demonstration markierte einen entschlossenen Gegenimpuls zu den damaligen „Schwurbel“-Demos. Endlich sah sich Senat auch gezwungen, einen Aufmarsch mit Corona-Leugner*innen am selben Tag zu verbieten, weil sich diese seit Monaten

Die Aktionen sind vielfältig: Es gibt symbolische Blockaden vor Parteizentren, laute Demonstrationen mit Redebeiträgen, mobile Infostände und kreative Aktionsformen wie Straßentheater. Damit wird die AfD nicht nur öffentlich angegriffen, sondern auch aktiv gestört: Ihre Akteure werden sichtbar gemacht, ihre Inhalte entlarvt und somit gesellschaftliche Isolationseffekte erzeugt.

Beispiele für größere Bündnisdemos der letzten Jahre sind die Demonstration gegen

BUNDESWEIT VERNETZT – GEMEINSAM STÄRKER GEGEN RECHTS

Rechte Strukturen sind schon lange kein lokales Problem mehr, denn sie agieren vernetzt, koordiniert und ideologisch anschlussfähig über Stadt- und Landesgrenzen hinweg. Als HBgR sind wir Teil antifaschistischer Allianzen, die diese Entwicklungen ernst nehmen und sich bundesweit dagegen stellen.

Ob bei Großmobilisierungen gegen Neonaziaufmärsche, im Kampf gegen rassistische Hetze im Wahlkampf oder durch koordinierte Blockaden rechter Parteitage – wir bringen uns mit unseren Erfahrungen, unserem Netzwerk und unserer Haltung aktiv ein. Denn antifaschistisches Engagement braucht nicht nur lokale Präsenz, sondern auch überregionale Solidarität und Zusammenarbeit.

Die folgenden Beispiele zeigen, wie wir uns seit Jahren kontinuierlich in bundesweite Kampagnen und Bündnisse einbringen – mit dem Ziel, rechte Kräfte dort zu benennen und zu blockieren, wo sie auftreten.

• Auf der Straße – Dresden Nazifrei (2012)

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ entstand im Oktober 2009 als spektrübergreifende Initiative von Menschen, Parteien und Organisationen. Ziel war es, den damals größten alljährlichen Aufmarsch von Neonationalsozialisten in Europa – im Rahmen des Gedenkens an den 13. Februar 1945, den Beginn der schwersten Luftangriffe auf Dresden – durch Massenblockaden zu verhindern. Mit tausenden Menschen aus ganz Deutschland stellte man sich den Rechten entschlossen in den Weg – und war erfolgreich: 2010 musste der Marsch gestoppt werden, 2011 brachten breite Gegenproteste die Pläne der Neonazis erneut zu Fall.

2012 folgte das HBgR dem Aufruf von „Dresden nazifrei“ mit voller Kraft. Während 2009 noch 7.000 Neonazis marschierten, standen nun über 10.000 Antifa-

Verdi ist Teil des HBgR und weist Faschismus und Rassismus scharf zurück.

Dies ist 80 Jahre nach der Befreiung dringender denn je. Eine Partei, die sich nach wie vor als demokratisch bezeichnet, feiert gerade jetzt mit rassistischen Narrativen Erfolge bei den Wähler*innen.

Wir Gewerkschafter*innen setzen uns für Demokratie und Rechtsstaat aktiv ein. Jeder Gewinn in den Tarifeinsetzungen, jeder erfolgreiche Streik, jede errungene Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Lebensumständen sind Schläge gegen die menschenfeindliche Ziele der Nazis. Sie verfolgen nämlich genau konträre Ziele. Deshalb müssen wir gemeinsam aktiv sein.

Kontaktadresse:
derbesolidarisch.hh@verdi.de



Rechtes, reaktionäres und faschistisches Gedankengut und Handeln breitet sich in der BRD bei AfD, ähnlichen Gruppen und in Regierungsapparaten aber auch in größeren Teilen der Bevölkerung weiter aus. Wir halten es für unsere Pflicht, dieser – auch internationalen – Gefahr entgegenzutreten und Gegenmodelle, die mit Kapitalismus brechen, zu formulieren und umzusetzen, die Antirassismus, internationale Solidarität und die Sehnsucht nach einer menschenwürdigen Ordnung bestärken und über das Bestehende hinausgehen. Deshalb bringen wir uns auch nach Kräften beim HBgR ein.

Internationale Sozialistische Organisation (ISO)



Alerta! 20 Jahre erfolgreiche antifaschistische Arbeit. 20 Jahre voller Erlebnisse, Geschichten, Widersprüchen und Erfolge. Ja, der Erfolg kann sich sehen lassen.

Wir als Junge Linke Eimsbüttel, haben uns sehr gefreut, mit offenen Armen von Dir empfangen worden zu sein. Als praxisorientierte antifaschistische Stadtteilgruppe ist es uns wichtig, auch über Eimsbüttel hinaus vernetzt zu sein. Genau diese Vernetzung fanden wir bei Dir. Wir können uns noch gut erinnern, als wir 2025 im Sommer das erste Mal da waren und die Vorstellungsrunde an die zwanzig Organisationen beinhaltete, die wir (ehrlich gesagt) immer noch nicht Alle auswendig draufhaben. Grund dafür ist nicht nur die Menge, sondern auch die Diversität linkspolitischer Akteur*innen an deinem Tisch! Du kannst wirklich sehr stolz auf dich sein!

In Zeiten der Entfremdung, des Pluralismus und des Individualismus als Folge kapitalistischer Herrschaft ist es unabdingbar, sich immer und immer wieder Antifaschismus als grundlegendes Leitziel vor Augen zu führen. Du, liebes HBgR, schaffst es uns in tobenden Stürmen, bei meterhohen Wellen und barfuß auf glühenden Kohlen, daran zu erinnern, wie wichtig vereinte Kräfte im Kampf gegen den Rechtsruck doch sind. Manch eine*r, droht dies manchmal zu Vergessen, aber Du rüttelst ein bisschen am Kragen und die Wärme der Solidarität kehrt wieder ein.

In tiefer Verbundenheit,
Deine Junge Linke Eimsbüttel



Schulen und Bildungseinrichtungen als multi-kulturelle Begegnungsorte, in denen Inklusion aktiv gelebt und ausgeübt wird, benötigen besonderen Schutz und starke solidarische Bündnispartnerschaften. Darum sind wir im HBgR aktiv.

GEW Hamburg-AG
Aktiv gegen Rechts



steht für den bundesweiten Netzwerkgedanken: lokal fest verankert, aber solidarisch verbunden im gemeinsamen Engagement gegen Rassismus, Nationalismus und Rechtspopulismus.

schist*innen auf den Straßen Dresdens. Das HBgR setzte auf zivilen Ungehorsam, beteiligte sich am Blockadekonsens und organisierte Info- sowie Mobilisierungsveranstaltungen.

Gemeinsam feierten wir nicht nur die Erfolge vergangener Jahre, sondern machten klar: Rechten Aufmärschen stellen wir uns entschlossen entgegen – überall. Dresden bleibt ein Symbol dafür, dass Solidarität, Entschlossenheit und massenhafter Widerstand wirken.

• Klare Kante – Zusammenarbeit mit Aufstehen gegen Rassismus (seit 2018)

Seit 2018 arbeitet das HBgR eng mit der Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR) zusammen, die zugleich ein aktiver Bestandteil unseres Bündnisses ist. In Hamburg engagiert sich AgR gemeinsam mit Gewerkschaften, Jugendverbänden, kirchlichen Gruppen und vielen weiteren engagierten Personen in Schulungsangeboten, Aufklärungsarbeit und Aktionen gegen rechte Wahlkämpfe. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Workshops gegen Alltagsrassismus („Werde Stammtischkämpfer*in!“), die regelmäßig im Curiohaus der GEW stattfinden.

Auch bei Wahlkämpfen auf Europa-, Bundes- und Landesebene sind das HBgR und AgR mit Infoständen, Demonstrationen und digitalen Kampagnen präsent. Diese enge Kooperation

• Blockieren, wo es wehtut – Unterstützung für „Widersetzen“ (seit 2024)

Das bundesweite antifaschistische Bündnis „Widersetzen“ versperrt mit Demonstrationen, Sitzblockaden und kreativen Aktionen den Weg zu AfD-Parteitagen und anderen rechten Aufmärschen. Das Bündnis setzt auf zivilen Ungehorsam, um ein klares Stoppsignal gegen rechte Normalisierung zu setzen.

Das HBgR unterstützt „Widersetzen“ seit der Gründung. Wir haben 2024 in Essen und 2025 in Riesa zu den Protest- und Blockadeaktionen mobilisiert, bei denen Tausende die AfD-Parteitage massiv störten und behinderten. Im Vorfeld haben wir Aktionstrainings, Infoveranstaltungen und gemeinsame Anreisen aus Hamburg organisiert. Unser Anspruch ist es, rechten Strukturen nicht nur mit Argumenten, sondern auch praktisch entgegenzutreten.

„Widersetzen“ ist für uns auch Teil einer bundesweiten antifaschistischen Vernetzung. Wir bringen unsere Erfahrung ein, lernen von anderen und stärken den Protest durch Organisation, Logistik, finanzielle Hilfe und öffentliche Sichtbarkeit.

„Widersetzen“ zeigt: Wenn viele entschlossen handeln, lassen sich rechte Veranstaltungen stören, blockieren – und im besten Fall verhindern. Im November 2025 war das HBgR in Gießen dabei, um gegen die geplante Gründung einer neuen, extrem rechten Jugendorganisation der AfD zu protestieren. Damit setzen wir ein klares Zeichen: Rechte Organisation und Mobilisierung darf keinen Raum bekommen – weder in Riesa noch anderswo.

Haltung zeigen – Ein Fazit nach 20 Jahren

Zwanzig Jahre antifaschistische Arbeit liegen hinter uns. Diese zwei Jahrzehnte waren geprägt von Kontinuität, Konflikten und Lernprozessen, aber auch von beeindruckender Beharrlichkeit und konkreten Erfolgen. Wir haben rechten Aufmärschen den Raum genommen, ihre Netzwerke sichtbar gemacht und ihre Sprache entlarvt. Zugleich haben wir ein eigenes solidarisches und kämpferisches Netzwerk aufgebaut. Dabei waren wir stets unabhängig von staatlichem Einfluss und Geld, lehnten extremismustheoretische Gleichsetzungen von Rechts und Links ab und betonten stets die Vielfalt antifaschistischer Aktionsformen. Antifaschismus muss man selber machen. Das ist unsere langjährige Erfahrung.

• Was konnten wir erreichen?

Wir haben gezeigt: Antifaschismus wirkt, wenn er lokal verankert, kontinuierlich organisiert und solidarisch getragen wird. So konnte sich die AfD in Hamburg bis heute nicht in der gesellschaftlichen Mitte etablieren. Neonazi-Strukturen wurden öffentlich gemacht und zurückgedrängt. Verschwörungsideologien, wie

sie bei „MMW“ oder während der Pandemie verbreitet wurden, konnten sich hier nicht dauerhaft etablieren. Gedenkpolitik wurde aus den Hinterhöfen geholt und in die Stadtöffentlichkeit getragen – sichtbar, hörbar und unbequem. In den letzten 20 Jahren konnten wir die verschiedenen Senate – von Schwarz- bis zu Rot-Grün – und ihre Behörden immer wieder dazu zwingen, zu handeln, wo sie lieber weggesehen, kleingeredet und geduldet hätten.

• Was haben wir gelernt?

Bündnisarbeit bleibt zentral. Ohne antifaschistische Gruppen und Organisationen, Gewerkschaften, migrantische Initiativen, feministische Gruppen, Kulturakteur*innen und Einzelpersonen wäre das Bündnis nicht handlungsfähig. Wir lernen voneinander, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind – und das ist unsere Stärke.

Antifaschismus braucht Räume. In der Stadt, im Netz, in den Schulen – Räume, die wir besetzen, verteidigen und öffnen. Und er braucht Ressourcen: Zeit, Wissen, Geld und Öffentlichkeit.

Langer Atem zählt. Weder rechte Kräfte noch struktureller Rassismus lassen sich kurzfristig besiegen. Wir denken in Jahren, nicht in Schlagzeilen.

• Was hat sich verändert?

Rechte Ideologien sind heute anschlussfähiger, subtiler und komplexer organisiert. Während Neonazi-Aufmärsche und NPD-Parolen die Gefahr früher sichtbar machten, ist es heute oft die vermeintlich bürgerliche Mitte, die menschenfeindliche Narrative übernimmt. Der „Kulturkampf von rechts“ findet nicht nur auf der Straße, sondern auch in Talkshows, Behörden, Gerichtssälen, Bildungsplänen und Algorithmusblasen statt. Die Brandmauer zur AfD wankt, in einigen Regionen ist sie bereits zerbröckelt. Ein Verbot der Partei wird zwar inzwischen nicht nur von Linken und Grünen, sondern auch von der SPD und den Kirchen gefordert, jedoch noch nicht in die Praxis umgesetzt. Hier müssen wir weiter Druck machen – gerade auch in Hamburg.

Die Normalisierung rechter Denkmuster stellt uns vor neue Herausforderungen. Wie können wir sichtbar bleiben, wenn rechte Hetze digitalisiert und anonymisiert stattfindet? Wie können wir handlungsfähig bleiben, wenn staatliche Repression gegen Antifaschismus zunimmt? Wie können wir solidarisch bleiben, wenn soziale Spaltung zunimmt und Rassismus zum Alltag gehört?

• Was bleibt zu tun?

Der Rechtsentwicklung entgegenreten – nicht nur symbolisch, sondern strukturell. Das menschenfeindliche Migrationsregime, rassistische Abschiebepolitik, Polizeiübergriffe und das Versagen des Verfassungsschutzes sind keine Ausrutscher, sondern Symptome eines tieferliegenden Problems.

Neue Generationen einbinden. Antifaschismus darf kein Insiderprojekt sein. Jugendliche, Arbeiter*innen, Betroffene – sie alle müssen Platz und Stimme im Bündnis haben.

Offen bleiben für neue Strategien. TikTok statt Flugblatt, Care-Arbeit als Widerstand, queere Kämpfe als Teil des Ganzen – unsere Formen müssen sich weiterentwickeln, ohne unsere Haltung aufzugeben.

Ein Blick nach vorn Das Hamburger Bündnis gegen Rechts wird sich wandeln – und doch wird es bleiben, was es seit 2005 ist: unbequem, widerständig und solidarisch. Die nächsten 20 Jahre werden nicht einfacher. Aber wir sind nicht allein, wir sind viele, wir sind vernetzt, wir sind vorbereitet.

Wir bleiben wachsam gegenüber rechten Tendenzen aller Couleur. Wir bleiben solidarisch mit allen von rechter Ideologie Betroffenen. Und wir bleiben sichtbar – auf der Straße und in den Köpfen der Menschen. Denn das ist es, was 20 Jahre HBGR bedeuten: Haltung zeigen – heute, morgen und übermorgen.

„Grußwort des Hamburger Verfassungsschutzes“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebes Hamburger Bündnis gegen Rechts, es ist uns ein innerer Lagebericht, Ihnen an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Nein, nicht etwa aus institutioneller Pflicht oder auf Druck des Senats – sondern schlicht aus aufrichtiger Bewunderung für Ihre unermüdliche Vorarbeit.

Denn seien wir ehrlich: Ohne Ihre akribische Recherchearbeit wüssten auch wir bis heute nicht, wo sich in Hamburg überall der rechte Rand versammelt. Ihre Dossiers, Pressemitteilungen und Veranstaltungen sind für uns eine wahre Fundgrube – oder wie wir intern sagen: „HBGR-Lagebilder in zivil“.

Natürlich beobachten wir nicht alles, was Sie beobachten – schließlich sind wir an gewisse rechtliche Grenzen, Ressourcenmangel und eine chronische Brillenverlegung gebunden. Aber wie schön ist es da, wenn engagierte Zivilgesellschaftler die Lücken mit Herzblut, Fakten und einem gewissen gesunden Menschenverstand füllen. Da schneidet man doch gerne mal mit. Oder kopiert direkt.

Wir wissen, unser Schweigen zu bestimmten Phänomenen sorgt bisweilen für Irritation. Warum wir zum Beispiel zur „Jungen Alternative“ so auffällig wenig sagen? Nun – vielleicht liegt's daran, dass wir mit dem Sortieren Ihrer Belege noch nicht ganz fertig sind. Oder daran, dass wir sehr, sehr viel Respekt vor der juristischen Durchsetzungskraft mancher Akteure haben. Aber keine Sorge: Wenn wir etwas übernehmen, dann gründlich. Und gerne von Ihnen.

Sie sehen: Die vielbeschworene „Zusammenarbeit zwischen Behörden und Zivilgesellschaft“ funktioniert hervorragend – zumindest in eine Richtung. Also, bleiben Sie bitte wachsam, beharrlich und so wunderbar dokumentationsfreudig wie bisher. Denn ohne Sie wären unsere Akten deutlich leerer. Und unser Alltag bedeutend langweiliger.

Mit dienstlich nüchterner, aber insgeheim dankbarer Hochachtung, Ihr „Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg“



Das Hamburger Bündnis gegen Rechts

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) ist ein überparteiliches, breites zivilgesellschaftliches Bündnis. Seit 2005 engagieren wir uns konsequent gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und rechte Hetze – auf der Straße, im Netz, in der Erinnerungskultur und im politischen Alltag.

Wir sind aktiv, wenn Neonazis demonstrieren, rechte Burschenschaften ihre Netzwerke pflegen, die AfD mit rassistischen Kampagnen Wahlkampf betreibt oder Verschwörungsideolog*innen versuchen, die Straße zu erobern.

Wir erinnern an die Opfer rechter Gewalt – von Ramazan Avcı bis Süleyman Taşköprü – und setzen uns für ein Gedenken ein, das mahnt, aufklärt und zum Handeln heute auffordert.

Wir recherchieren, dokumentieren, organisieren Kampagnen, Demonstrationen, Veranstaltungen und vieles mehr – sichtbar, solidarisch und unbequem.

Ob bei Kundgebungen gegen die AfD, beim Protest gegen Naziläden, in der Bildungsarbeit oder bei Mahnwachen: Wir stehen für eine klare Haltung gegen Rechts. Unsere Arbeit lebt vom Engagement vieler: von Initiativen, Einzelpersonen, Gewerkschaften, migrantischen Organisationen, Kirchen, Studierenden, Antifa-Gruppen, „Omas gegen Rechts“ und vielen anderen.

- **Unterstütze unsere Arbeit!**

Antifaschistische Arbeit kostet Zeit, Energie – und Geld. Wir sind auf Spenden angewiesen, um Kampagnen, Druckkosten, Technik, Infrastruktur und Veranstaltungen zu finanzieren.

Wenn du unsere Arbeit sinnvoll findest, kannst du uns ganz einfach finanziell unterstützen. Infos zum Spendenkonto findest du auf unserer Website unter „Spenden“.

Jeder Beitrag hilft, den Widerstand gegen Rechts stark und dauerhaft zu organisieren.

Gemeinsam gegen den Rechtsruck. **Für eine solidarische Gesellschaft.**

- Alle unsere Aktivitäten, Termine und Hintergrundinformationen findest du unter:



kontakt@hbgr.org
www.hbgr.org

- Folge uns auch auf Social Media:



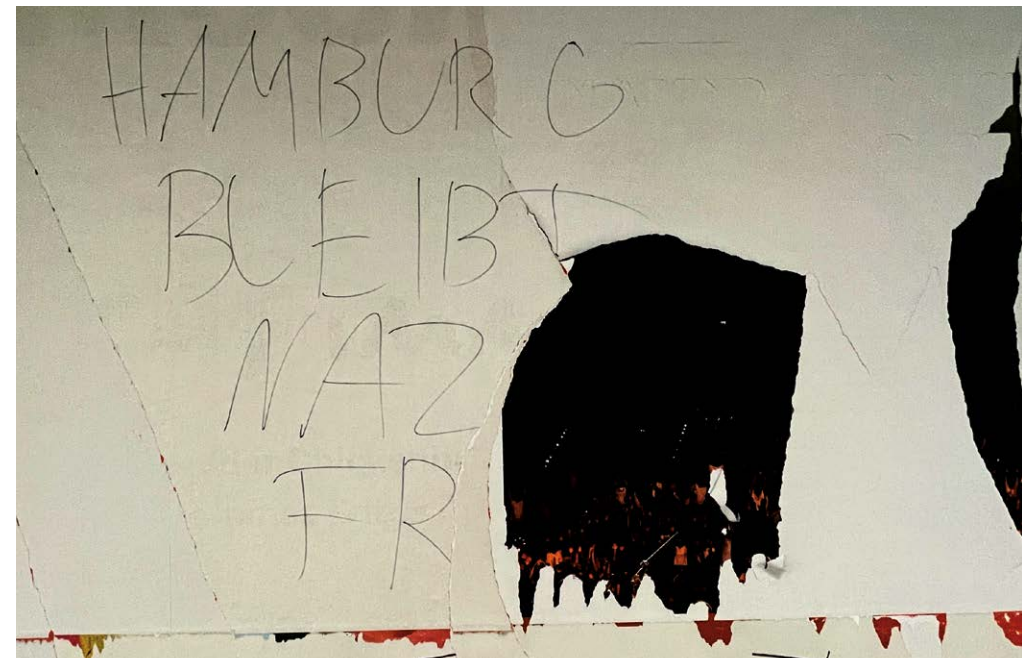
Facebook:
facebook.com/HamburgerBuendnisGegenRechts



Instagram:
instagram.com/hamburger_buendnis_gegen_rechts



X (Twitter):
x.com/HBgR_Hamburg



Impressum:

V.i.S.d.P. Cornelia Kerth c/o VVN BdA
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg
Auflage: 1000
Druck: Mottendruck
Januar 2026

Zwei Jahrzehnte Widerstand – Das Hamburger Bündnis gegen Rechts

Seit 2005 aktiv gegen rechte Hetze, Rassismus und Faschismus – auf der Straße, im Stadtteil, im Netz, im Parlament und im Gedächtnis der Stadt.

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) steht für kontinuierliche, verlässliche und vielfältige antifaschistische Arbeit.

Diese Broschüre blickt zurück auf 20 Jahre Engagement: Gedenken, Recherche, Protest, Kampagnen – dokumentiert in Beispielen, Aktionen und Erfahrungen. Sie zeigt, wie sich Widerstand organisieren lässt – solidarisch, wirksam, öffentlich und unbequem.

Für alle, die sich gegen den Rechtsruck stellen – und für ein solidarisches, offenes und demokratisches Hamburg kämpfen.

Erinnern. Aufklären. Handeln. Seit 2005.